

## **Recht auf gute Bildung an Schulen**

### **Gute Bildung für alle ist eine Investition für die Zukunft unseres Landes**

Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, eine **mindestens** 100%ige Unterrichtsversorgung an den Schulen in Schleswig-Holstein zu realisieren und auf die Schuldenbremse im Bildungsbereich als auch auf befristete Arbeitsverträge von ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer zu verzichten.

Praktikanten, Schulsozialarbeiter oder andere fachlich nicht ausgebildete Personen dürfen nicht für regulären oder Vertretungsunterricht missbraucht werden. Es gibt genug sehr gut ausgebildete Lehrkräfte mit Zweitem Staatsexamen, die in den Schulen dringend gebraucht werden und die auf eine Einstellungschance warten.

Damit die positive Einstellung zur Inklusion nachhaltig gestärkt wird, muss gut geschultes und genügend Personal in den betroffenen Klassen bereitgestellt werden.

### **Begründung:**

Die Unterrichtsversorgung liegt in Schleswig-Holstein nur bei 94 Prozent. Das bedeutet, dass von vornherein sechs Prozent Ausfall programmiert ist - selbst wenn kein Lehrer bzw. keine Lehrerin krank wird. Es fehlen Lehrer. Schätzungen zufolge müsste es landesweit rund 1.250 Stellen mehr geben. Die Folge des Stellenmangels: Der Unterricht kann nicht wie in der vom Land vorgegebenen Kontingentstundentafel - wie im Lehrplan vorgesehen - stattfinden.

Bedingt durch Lehrer/Innenmangel fallen tagtäglich Unterrichtsstunden zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler aus. Besonders erwähnenswert sind die Anstrengungen der Schulleitungen, mit dieser Mangelversorgung den größtmöglichen Unterricht erteilen zu können. Dies geschieht jedoch nicht immer zum Vorteil der Schüler/Innen. Es werden Doppelbesetzungen in der Binnendifferenzierung in Klassenstufen 5 und 6 der Gemeinschaftsschulen gestrichen, Kurse werden zusammen gelegt, Profile gestrichen. Die Liste der Mangelwirtschaft ließe sich fortführen. Von den Schüleri/innen wird erwartet, dass sie eigenverantwortlich das Pensum der Ausfallstunden alleine ohne Lehrerbetreuung in der Schule „Eigenverantwortliches Arbeiten“ (EVA), zu Hause und in den Ferien nacharbeiten müssen. Besonders sind Schülerinnen und Schüler dort benachteiligt, wo Eltern weder die Zeit, Fachwissen und Bildungshintergrund haben. Auffällig ist zudem der Anstieg von gewerblichen Angeboten zur Schülernachhilfe. Eltern sind durch den Lehrer/Innenmangel offensichtlich vermehrt dazu gezwungen, für gute Bildung Geld in die Hand zu nehmen. Dieser kostenpflichtige Bildungstransfer ist für Sozialdemokraten/innen nicht hinnehmbar.

Inklusion ohne deutliche Erhöhung der Stundenzahl betroffener Klassen durch geschultes Personal kann nicht funktionieren, sorgt für Misserfolg und damit zu Unmut bei den beteiligten Schülern, Eltern und Lehrern. Damit wird eine positive Einstellung zur Inklusion nachhaltig geschädigt.

Der Grundstein für Bildung (Schule) ist die Bereitstellung von genügend Fachkräften, damit junge Menschen eine berufliche Zukunft haben, die letztlich die Zukunfts- und Konkurrenzfähigkeit des Landes S-H gewährleisten. Befristet beschäftigtes Fachpersonal und daraus resultierender ständiger Wechsel von Bezugspersonen sind weder für Schülerinnen und Schüler noch für gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer motivierend. Das Ziel für gute Bildung muss unbefristetes Personal im Bildungsbereich an Schulen sein.